

MEINUNGSBAROMETER.INFO

DAS FACHDEBATTENPORTAL
Für Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Medien & Gesellschaft

DOKUMENTATION

FACHDEBATTE

WIE IST DIE NEUE DEUTSCHE DIGITALSTRATEGIE?

Und wie wird sie wirken?

Die Dokumentation beinhaltet alle Positionen, ausführliche Analysen und Prognosen zu dieser Fachdebatte sowie eine übersichtliche Management Summary.

Debattenlaufzeit: 27.07.2022 - 15.09.2022

INHALTSVERZEICHNIS

DEBATTENBESCHREIBUNG	4
AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER	5
MANAGEMENT SUMMARY	7
DEBATTENBEITRÄGE	11
DIE DIGITALE TRANSFORMATION BRAUCHT AUCH DEN STAAT Was in Deutschland schon klappt - und wo es noch Bedarf gibt	11
ALEXANDER RABE Geschäftsführer eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.	
BEI DER DIGITALISIERUNG ENDLICH GROSS DENKEN UND NICHT FÖDERAL Warum Infrastrukturausbau als Ziel weniger interessant ist	15
DIRK FREYTAG Präsident Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.	
WIE DIE ÜBERFÄLLIGE DIGITALISIERUNG DES LANDES FAHRT AUFNEHMEN KANN Und warum die Digitalstrategie noch nicht der erhoffte große Wurf ist	18
JÖRG BIENERT Vorstandsvorsitzender KI Bundesverband e.V.	
DIE DEUTSCHEN WOLLEN IHRE DATEN NICHT TEILEN Worüber Deutschland für eine Digitalstrategie diskutieren müsste	20
PROF. DR. OLIVER FALCK Leiter ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien	
VERWALTUNG ALS HEMMSCHUH FÜR DIE DIGITALISIERUNG IN DEUTSCHLAND Was jetzt schnell geschehen muss	23
BARBARA ENGELS Senior Economist Digitalisierung, Strukturwandel und Wettbewerb Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.	

VIER LEITLINIEN FÜR EINE DIGITALE GESAMTPERSPEKTIVE Wie eine Digitalstrategie der Bundesregierung aussehen sollte	26
ALICIA SOPHIA HINON Vorstand Vorstand D64 - Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.	
DIGITALSTRATEGIE BRAUCHT BELASTBARE ZEITHORIZONTE Und was noch für eine digitale Zukunft nötig ist	30
DR. GÜNTHER W. DIEKHÖNER Geschäftsführender Gesellschafter DD Die Denkfabrik Forschungs und Entwicklungs GmbH	
VERLIERT DEUTSCHLAND BEI DER DIGITALISIERUNG NOCH WEITER DEN ANSCHLUSS? Was eine gute Digitalstrategie braucht	34
PROF. DR. JÜRGEN WUNDERLICH Studiengangsleiter Wirtschaftsinformatik Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut	
DIGITALISIERUNG ALS QUERSCHNITTSAUFGABE Worin Deutschland gut ist - und wo Nachholbedarf besteht	38
JUTTA CROLL Vorsitzende des Vorstands Stiftung Digitale Chancen	
BEI DER DIGITALISIERUNG IN DER ZWEITEN LIGA, MIT TENDENZ ZU DEN ABSTIEGSPLÄTZEN Warum die Digitalstrategie des Bundes ein Etikettenschwindel ist	42
PROF. DR. KEY POUSTTCHI Direktor wi-mobile Insitut für Digitale Transformation GmbH	
IMPRESSUM	47

DEBATTENBESCHREIBUNG



INITIATOR

UWE SCHIMUNEK

Freier Journalist

Meinungsbarometer.info

WIE IST DIE NEUE DEUTSCHE DIGITALSTRATEGIE?

Und wie wird sie wirken?

Die Ampel-Koalition hat im Sommer den ersten Entwurf ihrer Digitalstrategie fertiggestellt. Das Papier ging durch die großen Medien im Land und stieß auf durchwachsende Reaktionen. Zu wenige Ambitionen, zu wage, zu unklar, was die Finanzierung einzelner Bestandteile angeht.

Zugleich ist klar, dass eine Digitalstrategie dringend gebraucht wird und - nun da sie da ist auch umgesetzt werden muss. Und dass es eilt. Zu lange verliert Deutschland zu den digitalen Vorreitern in der Welt bereits an Boden.

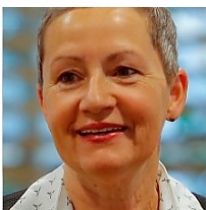
In unserer Debatte erklären die Experten, wie gefährdet sie die Zukunft des Landes sehen. Auch die Ausbau-Ziele der Infrastruktur sind ein wichtiges Thema, genau wie die digitale Verwaltung.

AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER



JÖRG BIENERT

Vorstandsvorsitzender
KI Bundesverband e.V.



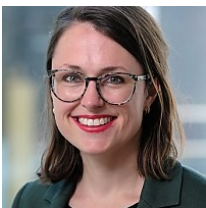
JUTTA CROLL

Vorsitzende des Vorstands
Stiftung Digitale Chancen



DR. GÜNTHER W. DIEKHÖNER

Geschäftsführender Gesellschafter
DD Die Denkfabrik Forschungs und Entwicklungs GmbH



BARBARA ENGELS

Senior Economist Digitalisierung, Strukturwandel und
Wettbewerb
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.



PROF. DR. OLIVER FALCK

Leiter
ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien



DIRK FREYTAG

Präsident

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.



ALICIA SOPHIA HIRON

Vorstand

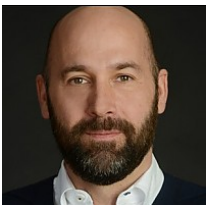
Vorstand D64 - Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.



PROF. DR. KEY POUSTTCHI

Direktor

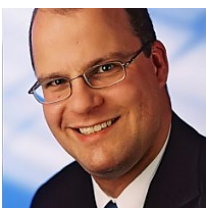
wi-mobile Insitut für Digitale Transformation GmbH



ALEXANDER RABE

Geschäftsführer

eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.



PROF. DR. JÜRGEN WUNDERLICH

Studiengangleiter Wirtschaftsinformatik

Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut

MANAGEMENT SUMMARY

15.09.2022 | SUMMARY

MIT STRATEGIE IN DIE DIGITALE TRANSFORMATION**Welche Ziele wie umgesetzt werden sollten**

Uwe Schimunek, Freier Journalist [Quelle: Meinungsbarometer.info]

Die Bundesregierung hat es getan - die Digitalstrategie ist beschlossen. Ziel der Digitalstrategie ist es nach Angaben des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV), die Rahmenbedingungen für das Vorankommen der Digitalisierung in allen Bereichen zu verbessern. Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sollen demnach noch besser und einfacher die Chancen der Digitalisierung und die Gestaltungsmöglichkeiten des digitalen Wandels im Sinne der Menschen nutzen können.

Im Vorfeld des Beschlusses haben Experten in einer Fachdebatte auf Meinungsbarometer.info einen kursierenden Entwurf bewertet. Zunächst ging es dabei um eine Bestandsaufnahme. „Wir in Deutschland und Europa sind, dabei endgültig den

Anschluss an die Digitalisierung zu verlieren“, meint etwa Dirk Freytag, Präsident, des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft (BVDW). Die zentrale Frage ist aus seiner Sicht, wie wir mit Daten in Zukunft umgehen. Die Bundesregierung müsse viel aufholen, was über Jahre versäumt wurde. Die aktuelle Regierung sei insgesamt viel mutiger als ihre Vorgänger und bewege sich. „Die Bewegung braucht allerdings einen ordentlichen Ruck, um uns aus dem Mittelfeld herauszubringen.“

eco-Geschäftsführer Alexander Rabe verweist darauf, dass insbesondere Betreiber digitaler Infrastrukturen, die aus seiner Sicht das eigentliche Rückgrat der Digitalisierung bildet, unter Beweis gestellt haben, dass sie nicht nur die Wirtschaft und Gesellschaft dieses Landes am Laufen halten, sondern auch innovative Lösungen anbieten, um die Klimaziele in Deutschland und Europa zu erreichen. „Doch um die digitale Transformation – wie sie im Koalitionsvertrag der Ampel festgeschrieben ist – vollumfänglich deutschlandweit umsetzen, braucht es auch den Staat“, betont der Vertreter des Verbandes der Internetwirtschaft.

Dr. Günther W. Diekhöner von DD Die Denkfabrik sieht wichtige Elemente, die für die Zukunft für Deutschland wettbewerbsentscheidend sind, als nicht gegeben an. Ihm fehlt auch die Bereitschaft, seitens der Politiker, sich wirklichem Sach- und Fachverstand zu öffnen. „Niemand erwartet von einem Verkehrsminister, dass er Digitalexperte ist, dafür gibt es genügend neutrale Fachleute, die aber auch in entsprechender Form parteiübergreifend in die Vorgaben und Richtlinien einzubinden sind.“ Für Prof. Dr. Jürgen Wunderlich von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut wurde jahrelang viel zu wenig in die digitale Infrastruktur, die technische Ausstattung und das Personal investiert. Allein zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) würden ca. 33.300 IT-Fachkräfte im öffentlichen Sektor benötigt. Diese seien in Anbetracht des Fachkräftemangels kaum zu bekommen. „Eine effektive Verwaltung ist aber nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern erfolgsentscheidend für die ökonomische Entwicklung, wie gerade die baltischen Staaten oder auch Polen zeigen.“

Jutta Croll von der Stiftung Digitale Chancen warnt indes vor Vergleichen mit anderen Ländern, den diese machen für machen aber nur Sinn, wenn man diese anhand der jeweiligen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen kontextualisiert. „So hinkt der Vergleich mit dem gern als Musterknaben der Digitalisierung angeführten Staat Estland schon deshalb, weil die Einwohnerzahl des Landes mit 1,33 Mio nur rd. ein Drittel der Bevölkerung allein des Bundeslands Berlin (3,82 Mio) ausmacht.“ Die Herausforderungen für Deutschland seien deutlich größer.

Für Alicia Sophia Hinon von D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt lenkt der primäre Fokus auf Gigabit und 5G doch nur von den eigentlichen Herausforderungen ab. Nach wie vor gebe es riesengroße Funklöcher in weiten Teilen des ländlichen Raums, noch immer kein flächendeckendes WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln, vom fehlenden Wettbewerb der Telekommunikationsanbieter ganz zu schweigen. „Hinzu kommen Probleme wie eine lückenhafte Datenlage zum aktuellen Stand des Ausbaus und ein überkomplexes Fördersystem.“

Prof. Dr. Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien verweist auf den vergleichsweise kleinen hiesigen IT-Sektor, der vor allem auf mangelnde Gründungsaktivitäten zurückzuführen sei. Deutschland mache insbesondere zu wenig aus seinen Daten. „Datenbasierte Geschäftsmodelle werden in Zukunft aber viel zur Wertschöpfung eines Landes beitragen. Die großen Plattformbasierten Geschäftsmodelle sind fest in amerikanischer Hand.“ Deutschland belege aber erfolgreich Nischen, insbesondere bei den industriellen Internet-of-Things-Plattformen. Insgesamt stehe das Verarbeitenden Gewerbe bei den digitalen Kompetenzen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im internationalen Vergleich sehr gut dar. Nachholbedarf bestehe da vor allem bei den Dienstleistern. Die digitale Infrastruktur sei für ein Flächenland wie Deutschland besser als ihr Ruf. Erheblicher Nachholbedarf besteht bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, der Schulen und des Gesundheitssystems.

Mit Blick auf die Verwaltung ist für Barbara Engels vom Institut der deutschen Wirt-

schaft Köln eine sichere digitale Identität das A und O einer digitalen Gesellschaft. Nur seien wir leider noch weit von ihr entfernt. Die Digitalisierung der Verwaltung verläuft unfassbar schwergängig. „Wir sind weit davon entfernt, Verwaltungsdienstleistungen digital zugänglich zu machen: Die Ziele des OZG werden verfehlt. Wir sind noch weiter davon entfernt, Verwaltungsprozesse durchgängig zu digitalisieren.“ Es gebe derart viele Baustellen, dass es schwierig sei, eine abzuschließen, weil jede Baustelle von vielen anderen Baustellen abhängig sei.

Dabei, so Prof. Dr. Key Pousttchi Direktor, wi-mobile Insitut für Digitale Transformation brauche es einen funktionierenden Staat und eine funktionierende Verwaltung. Deshalb gehe es nicht um die Anpassung neuer IT an die bestehenden Gegebenheiten. Die Wirtschaftsinformatik habe schon vor 30 Jahren gelernt, dass die Einführung neuartiger Technologie einen kompletten Neuentwurf der Prozesse erfordere, sonst gehe die Sache schief. „Aber in Schulen, Behörden und Ministerien ist man nicht bereit, die alten und längst dysfunktionalen Abläufe zu hinterfragen: Warum tun wir das überhaupt? Was sind die Ziele? Wie können wir diese Ziele mit modernen Mitteln erreichen?“ Stattdessen pflanze man den alten Prozessen moderne Technologie auf und wundere sich, dass keine Fortschritte entstehen.

Jörg Bienert – Vorstandsvorsitzender des KI Bundesverbandes wird den Blick auf die konkrete Umsetzung von strategischen Zielen. „Die Umsetzung der Strategie und der Moonshot-Projekte muss über ein mit entsprechenden Befugnissen ausgestattetes Gremium auf höchster Ebene sichergestellt werden“, fordert er. Nur so könne die überfällige Digitalisierung des Landes Fahrt aufnehmen, und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität sichergestellt werden.

DEBATTENBEITRAG

28.07.2022 | INTERVIEW

DIE DIGITALE TRANSFORMATION BRAUCHT AUCH DEN STAAT

Was in Deutschland schon klappt - und wo es noch Bedarf gibt



Alexander Rabe - Geschäftsführer, eco - Verband der Internetwirtschaft e.V. [Quelle: eco/ Bettina Keller]

Aus Sicht eco-Geschäftsführer Alexander Rabe muss die Bundesregierung "endlich in die praktische Umsetzung der digitalen Transformation in Deutschland kommen". Ein nun bekannt gewordener erster Entwurf für eine Digitalstrategie bleibt für ihn an vielen Stellen noch sehr vage.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Ich denke, wir kennen alle die großen Baustellen, die insbesondere die Pandemie in

punkto digitaler Bildung, digitaler Verwaltung und dem Ausbau digitaler Infrastrukturen offengelegt hat. Nichts desto trotz wurde vor allem in dieser Zeit mehr als deutlich, dass zumindest die Anbieter digitaler Technologien und Anwendungen ihre Hausaufgaben gemacht haben: Insbesondere Betreiber digitaler Infrastrukturen – sie bilden das eigentliche Rückgrat der Digitalisierung – haben hier unter Beweis gestellt, dass sie nicht nur die Wirtschaft und Gesellschaft dieses Landes am Laufen halten, sondern auch innovative Lösungen anbieten, um die Klimaziele in Deutschland und Europa zu erreichen.

Doch um die digitale Transformation – wie sie im Koalitionsvertrag der Ampel festgeschrieben ist – vollumfänglich deutschlandweit umsetzen, braucht es auch den Staat. Mit Blick in die Zukunft gerichtet bedeutet das: Die Bundesregierung muss hier nun endlich in die praktische Umsetzung der digitalen Transformation in Deutschland kommen. Die Theorie, also Programme und Strategiepapiere zum Breitbandausbau, der Digitalisierung von Schulen und Modernisierung öffentlicher IT reichen hier schon längst nicht mehr aus.

Die Bundesregierung muss schnellstmöglich eine konsistente, mit klaren sowie nachprüfbaren Zielen und Maßnahmen hinterlegte Digitalstrategie vorlegen und vor allem endlich digitalpolitische Verantwortlichkeiten der Ressorts klarstellen. Wir müssen dringend in die Umsetzung kommen, wenn Deutschland als Digital- und Wirtschaftsstandort weiter Wettbewerbs fähig bleiben soll.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Wenn Deutschland die digitale Transformation nachhaltig und gesellschaftsübergreifend vorantreiben will, ist dieser Schritt längst überfällig. Glasfaser liefert nicht nur die in Zukunft erforderlichen Bandbreiten, sondern verbraucht rund 5-mal weniger Energie im Vergleich zu Kupferanschlüssen.

Zentrale Herausforderung im Glasfaserausbau bleibt es weiterhin, die notwendigen

Leerrohrtrassen zu wirtschaftlich tragbaren Konditionen in die Erde zu bekommen – ohne langwierige Diskussionen mit den Kommunen. Der Glasfaserausbau kommt nur voran, wenn sich staatliche Akteure eng mit der Industrie austauschen und hier zusammenarbeiten.

Auch in Sachen Mobilfunkinfrastruktur muss die Bundesregierung nun endlich die weißen Flecken schließen. Mit der Förderung neuer 5G/6G-Technologien kann Deutschland einen herstellerunabhängigen und schnittstellenoffenen Ansatz verfolgen, der auch auf das Ziel der digitalen Souveränität einzahlt.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Die größte Herausforderung sehe ich darin, bevölkerungsweites Vertrauen und Akzeptanz in digitale Identitäten und die dahinterstehenden Technologien zu schaffen. Wie unsere aktuelle Studie zeigt, haben Bürger:innen aktuell vor allem Sorge um die Sicherheit ihrer Daten.

Gleichzeitig zeigen unsere Studienergebnisse, dass die allgemeine Nutzung digitaler Identitäten jährlich um rund 20 bis 30 Prozent steigt und sich immer mehr Menschen vor allem von Behörden mehr Online-Services sowie eine bessere Benutzerfreundlichkeit bestehender Dienstleistungen wünschen.

Für eine höhere Benutzerfreundlichkeit sollten Behörden die Nutzung digitaler Identitäten auch auf dem Smartphone anbieten. Etwa durch eine Wallet-App, bei der Bürger:innen im besten Fall die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern haben. Gleichzeitig sollten digitale Identitäten im europäischen Ökosystem eingebettet sein, um öffentliche wie private Dienstleistungen EU-weit nutzbar zu machen.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen?

Der aktuelle Entwurf bleibt an vielen Stellen noch sehr vage. Das betrifft speziell die Frage, wie wir digitale Infrastrukturen in Zukunft weiter stärken, fördern und entwi-

ckeln wollen.

Die Ausbauziele sind klar umrissen, aber wie die Bundesregierung dies in der Praxis umsetzen will, bleibt teilweise sehr unkonkret. Auch wird die Rechenzentrumslandschaft in Deutschland bislang nur unzureichend adressiert, obwohl die Branche den Kern moderner digitaler Infrastrukturen bildet.

Wenn die Bundesregierung ihr Vorhaben der digitalen Transformation umsetzen will, muss sie die Digitalstrategie hier um messbare Ziele und klare Zeitpläne ergänzen. Insgesamt sieht der aktuelle Entwurf aus meiner Sicht viele verschiedene und teilweise sehr gute Ideen für den Digitalstandort Deutschland vor, die nun stringent dargelegt und herausgearbeitet werden müssen.

DEBATTENBEITRAG

01.08.2022 | INTERVIEW

BEI DER DIGITALISIERUNG ENDLICH GROSS DENKEN UND NICHT FÖDERAL

Warum Infrastrukturausbau als Ziel weniger interessant ist



Dirk Freytag - Präsident, Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. [Quelle: BVDW/Svea Pietschmann]

"Solange die Infrastruktur das beherrschende Thema der Digitalstrategie ist, freuen sich die Bauarbeiter", sagt Dirk Freytag - Präsident, Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW). Er ist CEO und Gründer der Content Pass GmbH. Der Diplom-Betriebswirt beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit Advertising Technology und war u.a. Vice President und COO bei Adtech, Senior Vice President bei AOL Advertising Global sowie CEO der YOC AG.

Als Business Angel unterstützt er außerdem verschiedene, aufstrebende Unternehmen in der Digitalbranche.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Sehr. Wir in Deutschland und Europa sind dabei, endgültig den Anschluss an die Digitalisierung zu verlieren. Wie gehen wir mit Daten in Zukunft um, ist die zentrale Frage. Hier hat die Bundesregierung und auch die EU keine Antwort. Aber: Das was im Entwurf steht geht in die richtige Richtung, hätte jedoch schon vor 10 Jahren da sein sollen. Die Bundesregierung muss viel aufholen, was über Jahre versäumt wurde. Die aktuelle Regierung ist insgesamt viel mutiger als ihre Vorgänger und sie bewegen sich. Die Bewegung braucht allerdings einen ordentlichen Ruck, um uns aus dem Mittelfeld herauszubringen.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunk-standard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Ganz ehrlich interessiert mich dieses Ziel leider wenig. Solange wir dies als Ziele haben, reden wir nicht über die Anwendungen im Digitalen, doch sie sind wesentlich für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Lassen Sie uns Satelliten einsetzen und wir können viele Dinge viel schneller und kostengünstiger lösen.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Dass die Verwaltung dafür gar nicht bereit ist. Wir sollten Ende 2022 eine digitale Verwaltung haben, heute haben oft Lehrer noch nicht einmal eine dienstliche E-Mail-Adresse. Es gibt die digitale Identität aber bereits in anderen Ländern. Deutschland muss diese übernehmen und weitermachen. Wir brauchen viel zu lange, um solche Projekte, die in EU-Ländern schon länger laufen, umzusetzen. Die Reaktions- und Aktionszeiten kommen einem Schneckentempo gleich. Wir verlieren nichts, wenn wir einfach Dinge da kopieren, wo sie funktionieren und wir das auch noch sehen.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Solange die Infrastruktur das beherrschende Thema der Digitalstrategie ist, freuen sich die Bauarbeiter. Das darf nicht sein. Wir müssen uns folgende Fragen stellen: Wie setzen wir Daten in Zukunft ein? Wie gehen wir mit der KI um? Und wie stärken wir Europa? Wir sollten nicht Geschäftsmodelle, die es schon gibt, nachbauen, da verlieren wir. Es geht um Plattformen - egal in welcher Größe und zu welchem Thema. Nur so kann man skalieren und das ist das was wir brauchen.

Wir müssen bei der Digitalisierung endlich groß denken und nicht föderal. Viele wollen es vielleicht nicht hören: Wir brauchen aber eine positive Stimmung zur Nutzung von Daten und digitalen Diensten. Daten sind ein wesentlicher Treiber der Wirtschaft. Durch die dezentrale Aufsicht werden Datennutzung und Anwendungen, die sowohl Wirtschaft wie auch Gesellschaft voranbringen, erschwert. Diese positive Einstellung ist es, die Unternehmergeist freisetzt. Bei allen Errungenschaften der deutschen Industrie in vielen Bereichen - der Shift muss jetzt in Richtung Anwendungen für den Nutzer gehen und zum übergreifenden Denken. Was meine ich damit: Wir können nicht alles alleine machen. Es geht letztendlich darum, dass wir uns auf das fokussieren, was wir gut können und in anderen Bereichen mit anderen zusammenarbeiten, um Anwendungen zu entwickeln, bei denen der Nutzer im Fokus steht.

Zusammenfassend: Ein essenzieller Bestandteil der endgültigen Digitalstrategie sollte ein positiver Blickwinkel auf die Nutzung digitaler Daten und Dienste sein. Für das Teilen von Daten sollten positive Anreize geschaffen werden.

Persönlich kann ich auf das Thema Infrastrukturausbau verzichten, warme Worte helfen nicht, endlich handeln schon.

DEBATTENBEITRAG

03.08.2022 | STATEMENT

WIE DIE ÜBERFÄLLIGE DIGITALISIERUNG DES LANDES FAHRT AUFNEHMEN KANN

Und warum die Digitalstrategie noch nicht der erhoffte große Wurf ist



Jörg Bienert - Vorstandsvorsitzender, KI Bundesverband e.V. [Quelle: KI Bundesverband e.V.]

Für den KI-Bundesverband-Vorstandsvorsitzender Jörg Bienert sind in einer Digitalstrategie des Bundes "klare, definierte Leuchtturmprojekte erforderlich, die als Richtungsgeber und Katalysator für alle weiteren Aktivitäten dienen". Am ersten Entwurf hat er noch einige Kritikpunkte.

Der aktuelle Entwurf der Digitalstrategie ist leider noch nicht der erhoffte große Wurf. Er wirkt in vielen Bereichen eher wie ein „etwas mehr von den bisherigen Werkzeugen“ und gliedert sich in viele Einzelmaßnahmen, deren Abstimmung untereinander nicht sichergestellt ist. Es ist gut, dass Ziele definiert sind, an denen sich die

BREG in 2025 messen lassen will, aber leider fehlen weiterhin klare Messwerte, sodass die Ergebnisse frei interpretierbar bleiben.

Einige wichtige Bausteine sind bereits erfolgreich auf den Weg gebracht, wie die Startup-Strategie und die Agenturen SPRIND und Dati. Was fehlt, ist eine klare Vision und übergeordnete Zielsetzung, vor allem in Bezug auf die digitale Souveränität. Berücksichtigt man die aktuellen Entwicklungen in Russland, China und die zunehmende Bedrohung der Demokratie in den USA wird deutlich, wie wichtig die Verfügbarkeit eigener digitaler Kerntechnologien und Services ist. Sonst geht es uns vielleicht im Bereich der digitalen Infrastruktur sowie mit der Abhängigkeit vom russischen Gas heute. Es reicht nicht aus, Bürger und Mittelständler zu schulen und zu unterstützen, wenn die genutzten Applikationen und Hardware rein aus den USA und China stammen. Zur Umsetzung einer übergeordneten Strategie sind klare, definierte Leuchtturmprojekte erforderlich, die als Richtungsgeber und Katalysator für alle weiteren Aktivitäten dienen und in einer gemeinsamen Initiative von Bund, Ländern, Wirtschaft und Gesellschaft koordiniert und agil gesteuert werden.

„Koordiniert an einem Strang zu ziehen“ darf keine „Herausforderung“ auf Staatssekretärebene bleiben. Die Umsetzung der Strategie und der Moonshot-Projekte muss über ein mit entsprechenden Befugnissen ausgestattetes Gremium auf höchster Ebene sichergestellt werden. Nur so kann die überfällige Digitalisierung des Landes Fahrt aufnehmen, und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität sichergestellt werden.

DEBATTENBEITRAG

10.08.2022 | INTERVIEW

DIE DEUTSCHEN WOLLEN IHRE DATEN NICHT TEILEN

Worüber Deutschland für eine Digitalstrategie diskutieren müsste



Prof. Dr. Oliver Falck - Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien und CESifo-Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Empirische Innovationsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München [Quelle: LMU München/ Tobias Hase]

"Die digitale Infrastruktur ist für ein Flächenland wie Deutschland besser als ihr Ruf", sagt Prof. Dr. Oliver Falck - Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien. Er sieht woanders ganz erhebliche Probleme und sieht dringenden Bedarf für eine offene Debatte.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Zusammen mit Kolleg*innen am ifo Institut habe ich mir in einer Benchmarking-Stu-

die die Position Deutschlands im internationalen Vergleich genauer angesehen und das Bild ist differenzierter. Deutschland hat einen vergleichsweise kleinen IT-Sektor, was vor allem auf mangelnde Gründungsaktivitäten zurückzuführen ist. Deutschland macht insbesondere zu wenig aus seinen Daten. Datenbasierte Geschäftsmodelle werden in Zukunft aber viel zur Wertschöpfung eines Landes beitragen. Die großen Plattform-basierten Geschäftsmodelle sind fest in amerikanischer Hand. Deutschland belegt aber erfolgreich Nischen, insbesondere bei den industriellen Internet-of-Things-Plattformen. Insgesamt steht das Verarbeitende Gewerbe bei den digitalen Kompetenzen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im internationalen Vergleich sehr gut dar. Nachholbedarf besteht da vor allem bei den Dienstleistern. Die digitale Infrastruktur ist für ein Flächenland wie Deutschland besser als ihr Ruf. Erheblicher Nachholbedarf besteht bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, der Schulen und des Gesundheitssystems.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Ich halte die starke Infrastrukturfokussierung der Politik für nicht zielführend. Deutschland steht bei den leitungsgebundenen Breitbandanschlüssen ganz gut dar. Gering ist sicherlich noch die Verbreitung der Gigabit Anschlüsse in Deutschland. Diese werden aber heute noch begrenzt nachgefragt. Beim 5G Ausbau ist Deutschland vorne mit dabei. Man darf neben dem Infrastrukturausbau nicht die Nutzer der Infrastruktur aus den Augen verlieren: Wie bekommen wir mehr IT Gründungen? Wie schaffen wir mehr datenbasierte Geschäftsmodelle in Deutschland? Oder wie erreichen wir die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung?

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Die sichere digitale Identität gibt es in anderen Ländern doch schon längst. Technisch sehe ich hier kein Problem. Die größte Herausforderung in Deutschland ist, dass wir in der öffentlichen Verwaltung eine Vielzahl von nicht miteinander verbunden IT-Systemen haben. Das ist nicht nur Ergebnis des Föderalismus und mangelnder Abstim-

mung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, sondern auch das Ergebnis von Ressortgrenzen und damit unterschiedlichen Zuständigkeiten bei öffentlichen Dienstleistungen. Die Schaffung von Standards, damit diese Systeme interagieren, ist die größte Herausforderung der nächsten Jahre. Erst durch das Zusammenführen von Daten in der öffentlichen Verwaltung können digitale öffentliche Dienstleistungen zum Vorteil der Bevölkerung entstehen.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Die Deutschen wollen ihre Daten nicht teilen. Im Eurobarometer wurden Europäer befragt, ob sie persönliche Daten unter Wahrung von Datensicherheit teilen würden, um die medizinische Versorgung zu verbessern, die Energieeffizienz zu verbessern, um Maßnahmen zur Krisen- und Pandemiebekämpfung zu verbessern, um den öffentlichen Verkehr zu verbessern und die Luftverschmutzung zu verringern. Die Deutschen liegen bei all diesen Fragen auf den hintersten Plätzen. Am liebsten würden die Deutschen keinerlei persönliche Daten für welche Zwecke auch immer teilen. Die Digitalstrategie muss dazu genutzt werden, einen offenen Diskurs in Deutschland darüber zu führen, wie weit Datenschutz gehen sollte (mit entsprechenden Konsequenzen für entgangenes Wachstum und Wohlstand) und wie ein wachstumsfreundliches Datenschutzregime aussehen könnte.

DEBATTENBEITRAG

23.08.2022 | INTERVIEW

VERWALTUNG ALS HEMMSCHUH FÜR DIE DIGITALISIERUNG IN DEUTSCHLAND

Was jetzt schnell geschehen muss



Barbara Engels - Senior Economist Digitalisierung, Strukturwandel und Wettbewerb, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
[Quelle: IW Köln/ Florian Lang]

"Schnelles Internet ist wichtig, aber wir brauchen auch eine Wirtschaft und Gesellschaft, die dieses in Anspruch nimmt und die Vorteile digitaler Anwendungen sieht und nutzt", sagt Barbara Engels vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln. An eine Digitalstrategie der Bundesregierung hat sie klare Erwartungen.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Wenn die deutsche Wirtschaft weiterhin international wettbewerbsfähig sein soll – und das ist die Grundlage für den Wohlstand in Deutschland – muss jetzt sehr viel sehr schnell passieren. Das Mittelfeld ist für nachhaltigen Wohlstand nicht gut genug. Jüngst ist der Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Kommission erschienen, bei dem Deutschland auf Platz 13 der 27 Mitgliedsstaaten rangiert. Zwar macht Deutschland insgesamt Digitalisierungsfortschritte in den vier bewerteten Dimensionen digitale Wirtschaft, digitale Kompetenzen, digitale Konnektivität und digitale öffentliche Dienste – aber eben oft keine größeren als die anderen EU-Länder. Am Institut der deutschen Wirtschaft messen wir jedes Jahr die Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland* und auch den Status quo der Künstliche Intelligenz.** Bei beiden Indizes sehen wir: Oft hapert es an den Rahmenbedingungen. Gerade die Verwaltung ist und bleibt ein Hemmschuh für die Digitalisierung in Deutschland.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Grundsätzlich mag ich Ziele, die quantifizierbar sind, dann sind sie nämlich auch eher kontrollier- und überprüfbar. Zum Inhalt des Ziels muss ich sagen: too little, too late. Seit zehn Jahren beschäftigte ich wissenschaftlich mit der Digitalisierung und immer noch kritisiere ich in jedem meiner Vorträge die mangelhafte digitale Infrastruktur in Deutschland. Sie wird besser, aber sie ist immer noch schlecht. Um noch einmal die DESI-Ergebnisse zu bemühen: Wenn es um die Verbreitung von Glasfaseranschlüssen zum Grundstück geht, liegt Deutschland europaweit auf dem vorletzten Platz. Im Jahr 2022. Das ist peinlich und dramatisch. Darüber hinaus gilt natürlich: schnelles Internet ist wichtig, aber wir brauchen auch eine Wirtschaft und Gesellschaft, die dieses in Anspruch nimmt und die Vorteile digitaler Anwendungen sieht und nutzt.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Eine sichere digitale Identität ist das A und O einer digitalen Gesellschaft. Nur sind wir leider noch weit von ihr entfernt. Die Digitalisierung der Verwaltung verläuft

unfassbar schwergängig. Ausfälle wie beim Elster-Portal zeigen, dass die wenigen Bereiche der Verwaltung, die bereits digital sind, nicht stressresistent sind. Wir sind weit davon entfernt, Verwaltungsdienstleistungen digital zugänglich zu machen: Die Ziele des OZG werden verfehlt. Wir sind noch weiter davon entfernt, Verwaltungsprozesse durchgängig zu digitalisieren. Es gibt derart viele Baustellen, dass es schwierig ist, eine abzuschließen, weil jede Baustelle von vielen anderen Baustellen abhängig ist.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Wünschenswert wäre eine Digitalstrategie, bei der hinter jeder Absichtserklärung, jedem Ziel eine konkrete Deadline stünde, verbunden mit der konkreten Angabe, wie die Erreichung des Ziels gemessen und überprüft werden kann. Die Ergebnisse dürfen nicht frei interpretierbar bleiben. Außerdem muss die Digitalstrategie eng mit dem angekündigten Digitalbudget verknüpft werden. Es braucht Zahlen, Fakten und Geld. Oder anders: Der warmen Worte sind genug gewechselt. Wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können natürlich dabei helfen, zu prüfen, inwiefern einzelne Ziele wirklich erreicht worden sind.

* siehe: <https://www.de.digital/DIGITAL/Navigation/DE/Lagebild/Digitalisierungsindex/digitalisierungsindex.html#:~:text=Der%20Digitalisierungsindex%20misst%20den%20Stand,verschiedene%20Dimensionen%20der%20Digitalisierung%20ab.>

** siehe https://www.bvdw.org/fileadmin/bvdw/upload/publikationen/KI/KI-Monitor_2021.pdf

DEBATTENBEITRAG

26.08.2022 | INTERVIEW

VIER LEITLINIEN FÜR EINE DIGITALE GESAMTPERSPEKTIVE**Wie eine Digitalstrategie der Bundesregierung aussehen sollte**

Alicia Sophia Hinon - Vorstand D64 - Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. [Quelle: D64]

Für D64-Vorstand Alicia Sophia Hinon verliert sich der erste Entwurf der Digitalstrategie der Bundesregierung "im Klein-Klein von Einzelmaßnahmen einerseits und Wunschvorstellungen ohne konkrete nächste Schritte auf der anderen Seite". Der Verein hat sich nach einen Angaben zum Zielgesetzt, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Deutschland ist im internationalen Vergleich gerade auf dem besten Weg, in der digi-

talen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Mit der nationalen Digitalstrategie besteht nun möglicherweise die Chance, neue Impulse zu setzen und ein stimmiges und ambitioniertes Leitbild zu entwerfen. Der aktuelle Entwurf verliert sich jedoch im Klein-Klein von Einzelmaßnahmen einerseits und Wunschvorstellungen ohne konkrete nächste Schritte auf der anderen Seite. Alles in allem eher ein zaghaftes "Weiter-so" - und das reicht leider nicht.

Um wirklich Veränderungen zu erzielen, müssen zuallererst alle am Prozess Beteiligten ihre Perspektive kritisch hinterfragen und sich bemühen ganzheitlicher zu denken. Zwei Beispiele: Der im Entwurf beschriebene Abschnitt zur Smart City beschäftigt sich im feinsten Silodenken ausschließlich mit Bauplanung und Infrastrukturmanagement. Enorm wichtige Bereiche wie digitale Unterstützung bei Einbeziehung und Weiterentwicklung des existierenden Bestands, urbane Mobilität, soziales Miteinander, mobiles Arbeiten, lokale Wirtschaftskreisläufe, Sicherheit oder auch Resilienzstärkung spielen im Kapitel keine Rolle. Oder auch die fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft. Zwar wird sie in der Beschreibung der Ausgangslage als wichtiger Akteur aufgezählt, auf den folgenden Seiten aber weitestgehend ignoriert und ihre Wirkmacht drastisch unterschätzt. Damit wird auch eine große Chance vergeben.

Genau hier liegt die zentrale Herausforderung: Wenn es die Bundesregierung nicht schafft, die digitale Transformation so zu gestalten, dass es spannender und aussichtsreicher ist, sich als Bürger:in zu öffnen und zu beteiligen als stattdessen Augen zu verschließen und Arme zu verschränken, landet das Papier genau wie all seine Vorgänger auf dem Stapel der Ablage P.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Der Ausbau der Infrastruktur ist wichtig, keine Frage. Aber der primäre Fokus auf Gigabit und 5G lenkt doch nur von den eigentlichen Herausforderungen ab: Nach wie vor riesengroße Funklöcher in weiten Teilen des ländlichen Raums, noch immer kein flächendeckendes WLAN in öffentlichen Verkehrsmitteln, vom fehlenden Wettbe-

werb der Telekommunikationsanbieter ganz zu schweigen. Hinzu kommen Probleme wie eine lückenhafte Datenlage zum aktuellen Stand des Ausbaus und ein überkomplexes Fördersystem.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Ganz klar die Bereitschaft der Bevölkerung, da auch mitzumachen. Für das BMI und angeschlossene Planungsstellen klingt das Konzept nach dem Ziel ihrer Träume, aber für die Bürger:innen ist es potenziell auch nur eine ID mehr. Hier wird ganz eklatant die fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft deutlich: Als Verwaltungsvorgang in Hinterzimmern ohne breite Einbeziehung der Öffentlichkeit geplant, fehlt zum gegenwärtigen Zeitpunkt jede Aussagefähigkeit zu Akzeptanz und Nutzer:innenfreundlichkeit der beabsichtigten Leistung. Es droht das gleiche Schicksal wie beim elektronischen Personalausweis und der digitalen Gesundheitsakte. Das viel angepriesene Once-Only-Prinzip ist bereits jetzt primär als Gelegenheit für Behörden enttarnt, sich ohne großen Verwaltungsaufwand umfassend Zugriff auf personenbezogene Daten zu verschaffen. Eine echte digitale souveräne Identität würde die Entscheidungsmacht über die eigenen Daten konsequenterweise ganz in die Hände der Bürger:innen legen.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Grundsätzlich muss sich dort erstmal das Verständnis entwickeln, dass die Digitalisierung nichts ist, was wieder weg geht. Die digitale Transformation bedarf weniger marketing-optimierter Einzelmaßnahmen in bestimmten Bereichen des Staates als vielmehr ein Gesamtperspektive, wie wir die Gesellschaft von morgen digital gestalten wollen.

Dazu braucht es klare Leitlinien, die jedes Kind im Schlaf kann:

1. Dezentralisierung. Statt immer alles selber zu machen, müssen Strukturen und Rahmenbedingungen entwickelt werden, die zivilgesellschaftliche Akteure befähigen,

selbst aktiv zu werden.

2. Dematerialisierung. Der Digitalcheck ist eine gute Sache, aber pdfs statt Papierformulare ausfüllen reicht nicht. Der ganze Prozess und seine Notwendigkeit müssen in Frage gestellt werden.

3. Rebound-Begrenzung. Bisher fehlt es völlig an einem Prozess der Vorhersagbarkeit, ob eine digitale Weiterentwicklung zu einer nachhaltigen Optimierung führt oder zum Gegenteil beiträgt.

4. Resilienz: Mechanismen implementieren, die konstante Erneuerung erfordern. Denn die Umgebung ändert sich ständig, während Regelungen und Gesetze statisch zunehmend einschränkender werden.

Außerdem müssen die Bürger:innen mitgenommen werden. Das kann beispielsweise durch Teilhabe an Prozessen über digitale Beiteiligungsformate gelingen. Aber auch das Einholen von regelmäßigem Feedback in der Bevölkerung und die Förderung von agilen Projekten mit offenem Ausgang sind hier hilfreich. Außerdem brauchen wir Fachkräfte für die digitalen Herausforderungen. Aber das Papier fokussiert sich im klassischen 1-Karriere-Denken ausschließlich auf Berufseinsteiger. Das ist zu wenig. Der Fokus müsste hier mehr auf Initiativen zum lebenslangen Lernen, Möglichkeiten zum Berufswechsel und Quereinstieg liegen. Dafür muss auch der Angst vor dem Wechsel genommen werden und digitale Macher:innen bestärkt werden - das gilt zum Beispiel auch in der Schule, wo es meist die engagierten Lehrer:innen sind, die das Thema persönlich angehen.

Und zum Schluss: Es braucht mehr Mut. Wie wäre es denn mit der klaren Kommunikation: Wir machen bis 2025 das Faxgerät in Behörden überflüssig.

DEBATTENBEITRAG

29.08.2022 | INTERVIEW

DIGITALSTRATEGIE BRAUCHT BELASTBARE ZEITHORIZONTE

Und was noch für eine digitale Zukunft nötig ist



Dr.-Ing. Günther W. Diekhöner - Geschäftsführender Gesellschafter, DD Die Denkfabrik Forschungs und Entwicklungs GmbH
[Quelle: DD]

"In Summe sehe ich wichtige Elemente, die für die Zukunft für Deutschland wettbewerbsentscheidend sind, als nicht gegeben an", mahnt Dr. Günther W. Diekhöner von DD Die Denkfabrik. An eine Digitalstrategie für Deutschland hat er klare Anforderungen.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Medienberichte, wonach Deutschland bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mit-

telfeld agiert, sind vorbehaltlos zu bestätigen. Es mag Teilbereiche geben, in denen bereits Fortschritte erzielt wurden, im Großen und Ganzen befindet sich Deutschland aber – z.B. im Vergleich mit Asien und den baltischen Staaten - sehr weit im Hintertreffen. Ob damit die Zukunft des Landes gefährdet ist, vermag ich als Techniker und Technologie nicht vorherzusagen, der Eindruck ist aber, dass gerade die Wettbewerbsfähigkeit im technisch/technologischen Bereich stark unter der mangelnden Digitalisierung leidet. Man denke hier nur an die immer wieder aufkeimende Diskussion, wann und wo autonomes Fahren möglich sein wird. Die dafür zwingenden Voraussetzungen im Digitalbereich sind nach meiner Einschätzung zurzeit in Deutschland nur rudimentär verfügbar. Mir erschließt sich auch nicht, wie die Bundesregierung die Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren realisieren will. In Summe sehe ich wichtige Elemente, die für die Zukunft für Deutschland wettbewerbsentscheidend sind, als nicht gegeben an. Hier fehlt mir absolut auch die Bereitschaft, seitens der Politiker, sich wirklichem Sach- und Fachverstand zu öffnen. Niemand erwartet von einem Verkehrsminister, dass er Digitalexperte ist, dafür gibt es genügend neutrale Fachleute, die aber auch in entsprechender Form parteiübergreifend in die Vorgaben und Richtlinien einzubinden sind.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Ich bin ziemlich sicher, dass bis Ende 2025 mindestens die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser versorgt sein könnten. Allerdings ist es dafür notwendig, Aktivitäten der jeweils Marktbeteiligten besser zu bündeln. Ich beobachte, dass unterschiedliche Anbieter zeitversetzt Glasfaserkabel in den Boden einbringen. Warum gibt es hier nicht eine behördliche Synchronisation und ggfls. eine gemeinsame Nutzung der Infrastruktur gegen eine entsprechende Vergütung. Beispiel Technologiepark der Universität Bremen: Bis vor drei Jahren gab es keinerlei Ambitionen der Telekom halbwegs schnelle Internetleitungen den Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Erst als lokale Anbieter dieses Feld für sich entdeckt haben, ist auch die Telekom "aufgewacht". Werden im Glasfaserausbau Kräfte gebündelt, ist ein erheblicher Beschleunigungseffekt zu erzielen.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Die sichere digitale Identität ist seit langem in der Diskussion und damit längst überfällig. Wesentliche Herausforderungen sind natürlich die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung der EU und Rahmenbedingungen, die eine Kopier- oder Angreifbarkeit ausschließen. Dies klingt in deutschen Ohren nach einer hundertprozentigen Lösung, die eigentlich technisch nie realisierbar ist. Auch hier zeigen andere Länder, wie die digitale Identität zu einer deutlich schnelleren Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen führen wird. Es darf aber nicht wieder passieren, dass wir an die Datenschutzstandards endlose Diskussionen knüpfen, was dann letztendlich dazu führt, dass wir einen viel unsicheren Status der nicht digitalen Identität aufrechterhalten und den Fortschritt unnötig bremsen.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Erstens muss die endgültige Digitalstrategie belastbare Zeithorizonte nennen. Vagen Formulierungen, wie "man wolle sich 2025 daran messen lassen", ob sich der Digitalisierungsgrad signifikant verbessert hat, sind der falsche Weg. In jedem Unternehmen, das projektbezogen arbeitet, gibt es ein koordinierendes Projektmanagement, das Ressourcen, Zwischenergebnisse, Meilensteine und Eskalationsstrategien professionell managt. Leider zeigen zu viele Projekte, die von der Politik angeschoben werden, dass es an diesen grundlegenden Fähigkeiten immer wieder mangelt. Nur zu häufig werden dann während der Projektlaufphase Zielvorgaben geändert, Mengengerüste unnötig vergrößert und damit Zeithorizonte verwässert (siehe z. B. Projekt eBeihilfe in Niedersachsen). Zweitens ist eine klare Zuständigkeit zwingend notwendig, da immer noch in zu hohem Maße den Ministerien die fachliche Qualifikation fehlt und deshalb eine konsequente Projektumsetzung scheitert. Nur eine klare Aufteilung, welche Themen in welchem Ministerium behandelt werden, führt zum Erfolg, Eitelkeiten haben in der Digitalstrategie nichts zu suchen! Kommt dazu noch die Konzentration auf nur zwei oder drei Schwerpunktbereiche, wie die digitale Identität und den Ausbau der digitalen Infrastruktur, sind wir gut aufgestellt. Allerdings ist eins für

mich ganz klar: Sommerworkshops, in denen Ideen quick and dirty entwickelt werden (und sei es auch mithilfe professioneller Unterstützung) nur um die Vorgaben zu erfüllen, haben nichts mit einer durchgreifenden, nachhaltigen Digitalstrategie zu tun. Das mag für punktuelle Umsetzungen im regionalen Bereich ein geeignetes Werkzeug sein, für die große landesweite Strategie scheint es mir doch etwas zu kurz gesprungen.

DEBATTENBEITRAG

30.08.2022 | INTERVIEW

VERLIERT DEUTSCHLAND BEI DER DIGITALISIERUNG NOCH WEITER DEN ANSCHLUSS?

Was eine gute Digitalstrategie braucht



Prof. Dr.-Ing. Jürgen Wunderlich - Studiengangsleiter Wirtschaftsinformatik und Digitales Verwaltungsmanagement, Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut [Quelle: HaW Landshut]

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Wunderlich von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut sieht bei der digitalen Infrastruktur "kein Strategie-, sondern ein Umsetzungsdefizit". Aus seiner Sicht braucht eine Digitalstrategie präzise Ziele, die kontrollierbar sind und auch regelmäßig kontrolliert werden.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

In der Tat besteht die Gefahr, dass Deutschland bei der Digitalisierung noch weiter den Anschluss verliert. Das fängt leider schon bei den Schulen an. Hier kommt die Digitalisierung kaum voran. Nicht viel besser sieht es bei der Digitalisierung der Verwaltung aus. Durch die Corona-Pandemie wurden die schon länger bestehenden Defizite für jeden sichtbar. Es wurde jahrelang viel zu wenig in die digitale Infrastruktur, die technische Ausstattung und das Personal investiert. Allein zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) werden ca. 33.300 IT-Fachkräfte im öffentlichen Sektor benötigt. Diese sind in Anbetracht des Fachkräftemangels kaum zu bekommen. Eine effektive Verwaltung ist aber nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern erfolgsentscheidend für die ökonomische Entwicklung, wie gerade die baltischen Staaten oder auch Polen zeigen. Am Beispiel Polens wird aber auch deutlich, dass Aufholen möglich ist, wenn ein gemeinsamer Wille dafür existiert und alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Aktuell geht jedoch z.B. das Nachweisgesetz leider in die komplett falsche Richtung und mutet den Arbeitgebern viel zu viel Aufwand zu. Andere Länder haben diese EU-Richtlinie deutlich besser umgesetzt.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Derzeit sind die Aktivitäten beim Ausbau so hoch, dass das 50%-Ziel locker zu schaffen ist. Allerdings ist das 50%-Ziel nicht wirklich ambitioniert und kaum geeignet, den Rückstand im Vergleich zu anderen Ländern bei gigabitfähigen Anschlüssen aufzuholen. Hinzu kommt, dass die zweiten 50% bis Ende 2030 sowieso viel schwieriger zu erschließen sind. Dadurch besteht die Gefahr, dass v.a. in lukrativen Gebieten zwei oder drei Firmen parallel ausbauen (wollen) und in anderen (dünnbesiedelten, ländlichen) Gegenden weiter gar nichts passiert, so dass „weiße Flecken“ bleiben. Zwar will der Staat mit Hilfe von Förderung aktiv eingreifen, aber wer genau zuständig ist, bleibt leider unklar. Insofern liegt kein Strategie-, sondern ein Umsetzungsdefizit vor. Verschärfend wirken sich die verschleppte Einrichtung eines digitalen Gigabit-Grundbuchs sowie Engpässe beim Personal in Bauämtern und Tiefbauunternehmen aus. Vermutlich ist es besser, schneller und günstiger, zur Versorgung dünn besiedelter Gebiete auf Satelliten zu setzen und die Fördermittel hierfür auszugeben.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Identitätsthemen spielen bei der Digitalisierung eine entscheidende Rolle. Gerade für Dienstleistungen, die eine Authentifizierung über die staatliche Kernidentität erfordern, wie das z.B. bei der Eröffnung eines Bankkontos oder dem Beantragen von Verwaltungsdienstleistungen der Fall ist, müssen die EU und Deutschland vorangehen und Vertrauen durch Souveränität, Datenschutz und IT-Sicherheit schaffen, was bisher in Deutschland nicht gelang. Da im Moment die Überarbeitung der eIDAS-Verordnung in Brüssel beginnt, muss eine neue deutsche Lösung von Anfang an so gedacht werden, dass sie später Schnittstellen für eine Verknüpfung mit anderen europäischen Lösungen bietet und europaweit skalierbar ist. Um auf Akzeptanz bei den Menschen zu stoßen, müssen diese den Anwendungen vertrauen. Hierfür sind möglichst schnell konkrete Vorgaben von Seiten des Staates zu machen, da die Identitätsvergabe eine staatliche Monopolaufgabe ist. Damit eine digitale Identität aus einem Guss entsteht, die in so unterschiedlichen Anwendungen wie Geldwäschegesetz, Telekommunikationsgesetz, Vertrauensdiensten und Onlinezugangsgesetz zum Einsatz kommen kann, ist die Bündelung bei einer Stelle nötig. Aktuell sind jedoch mindestens drei Stellen bei der Entwicklung der digitalen Identität eingebunden. Es droht Kompetenzwirrwarr.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Es ist entscheidend, Digitalisierung nicht mit Technologie gleichzusetzen, sondern viel umfassender als technologisch vernetzte Kommunikation zu verstehen. Beispielsweise haben digitale Kommunikationswege im Handel die Kundschaft enorm gestärkt: Aus Konsumierenden sind Prosumierende geworden, der E-Commerce hat sich in Richtung Social Commerce entwickelt. Austausch und Transparenz werden für Anbieter zu zentralen Voraussetzungen, um Beziehungen zur Kundschaft aufzubauen und zu erhalten. Es muss also der Handel als Treiber des digitalen Wandels ein Teil der deutschen Digitalstrategie werden. In vielen staatlichen Bereichen ist es dagegen nicht nötig, das Rad neu zu erfinden. Ein Benchmarking mit Blick auf andere EU-Län-

der hilft häufig. So speichert z.B. Finnland die medizinischen Daten aller Bürger in einer zentralen Datenbank und kann so sein Gesundheitswesen viel mehr in Richtung Prävention ausrichten. Ein weiterer Fokus muss der Ausbildung gelten, um den eklatanten Mangel an IT-Fachkräften zu beheben. Die Schulen und Hochschulen sollten dabei vorangehen. Gestrichen werden können m.E. alle schwammigen Formulierungen. Deutschland muss dringend aufholen und dazu braucht es präzise Ziele, die kontrollierbar sind und auch regelmäßig kontrolliert werden. Nebulöse Absichtserklärungen helfen nicht.

DEBATTENBEITRAG

02.09.2022 | INTERVIEW

DIGITALISIERUNG ALS QUERSCHNITTSAUFGABE

Worin Deutschland gut ist - und wo Nachholbedarf besteht



Jutta Croll M. A. - Vorsitzende des Vorstands, Stiftung Digitale Chancen [Quelle: SDC/Mark Bollhorst]

"Eine kluge Digitalstrategie ist ein wesentlicher Baustein im Fundament der Zukunftsfähigkeit des Landes", sagt Jutta Croll von der Stiftung Digitale Chancen. Sie nennt drei Punkte, die eine Digitalstrategie aus ihrer Sicht adressieren muss.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Eine kluge Digitalstrategie ist ein wesentlicher Baustein im Fundament der Zukunftsfähigkeit des Landes. Vergleiche mit anderen Ländern, um den eigenen Standort zu bestimmen, machen aber nur Sinn, wenn man diese anhand der jeweiligen Voraus-

setzungen und Rahmenbedingungen kontextualisiert. So hinkt der Vergleich mit dem gern als Musterknaben der Digitalisierung angeführten Staat Estland schon deshalb, weil die Einwohnerzahl des Landes mit 1,33 Mio nur rd. ein Drittel der Bevölkerung allein des Bundeslands Berlin (3,82 Mio) ausmacht. Die Herausforderungen für ein Land mit 83 Mio Bürger*innen sind deutlich größer.

Wir sind in Deutschland gut darin, die rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Transformation der Gesellschaft zu definieren, scheitern aber zu häufig an der zügigen Umsetzung geplanter Vorhaben – nicht zuletzt auch aufgrund föderaler Strukturen. Das Online-Zugangsgesetz ist ein Beispiel: Der Plan ist gut, aber der Zeitplan der Umsetzung hinkt den ehrgeizigen Vorgaben meilenweit hinterher. Ein anderes Beispiel ist die Bewältigung der Pandemie. Es liegt auf der Hand, dass wir schnellere Informationsketten und verlässlichere Statistiken der Infektionen und damit auch passgenaue Maßnahmen hätten erreichen können, wenn alle Prozesse in den Gesundheitsämtern bereits digitalisiert gewesen wären. Aber zu erwarten, dass dies in einer Hauruck-Aktion unter den Bedingungen der Pandemie nachzuholen wäre, ist unrealistisch. Oder nehmen wir den Digitalpakt: Es ist richtig, von den Schulen zu verlangen, dass diese ein Konzept vorlegen, wie der Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht organisiert und umgesetzt werden soll; einfach nur die Geräte hinzustellen, kann nicht die Lösung sein. Aber wenn man den Personalmangel an den Schulen und die fehlende Aus- und Weiterbildung in Bezug auf Unterricht mit digitalen Medien und die Vermittlung von Medienkompetenz berücksichtigt, verwundert es nicht, dass die Konzepte der Schulen nicht vorliegen und folglich die Mittel aus dem Digitalpakt nicht abfließen wie erwünscht.

Hier muss die Digitalstrategie ansetzen, d. h. nicht nur die Digitalisierung als solche in den Blick nehmen, sondern auch schauen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, Prozesse neu zu gestalten und so die digitale Transformation voranzubringen. Digitalisierung ist kein zusätzliches Handlungsfeld für die Politik, sondern eine Querschnittsaufgabe, dies muss eine smarte Digitalstrategie reflektieren.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Je schneller, desto besser: Das gilt sowohl für die Geschwindigkeit, mit der das Internet zu den Menschen kommt, als auch für den zeitlichen Horizont der Umsetzung. In den USA hat die Biden/Harris Administration gerade ein 48 Billion \$ Programm aufgelegt mit dem Ziel, allen amerikanischen Haushalten einen schnellen Breitbandzugang zu garantieren (<https://www.internetforall.gov>). Und das Programm umfasst nicht nur den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch Trainingskampagnen für diejenigen, die bisher noch nicht in der Lage sind, die Möglichkeiten des Internet voll auszuschöpfen. Das wünschen wir uns auch für die Digitalstrategie in Deutschland. In der Pandemie ist der Nachholbedarf nicht nur bei der Infrastruktur, sondern gerade bei der Kompetenzförderung offensichtlich geworden. Jede*r Akteur*in muss künftig auf allen Entscheidungs- und Handlungsebenen in der Lage sein, digitale Instrumente zu nutzen und die Konsequenzen des digitalen Handelns einzuschätzen. Nur so können die Potenziale der Digitalisierung – auch für eine nachhaltige und ressourcenschonende Weiterentwicklung der Gesellschaft – ausgeschöpft werden.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Sicherheit ist hier der Schlüsselbegriff: Die digitale Identität muss sehr hohen Sicherheitsanforderungen genügen, damit sie den notwendigen Beitrag zu einem sicheren digitalen Umfeld leisten kann. Aber aus der Gewährleistung von Anonymität und Privatsphäre darf kein Freiraum für kriminelle Handlungen erwachsen. Diese Balance von Freiheits- und Schutzrechten wird gerade auch in der Aushandlung der europäischen Regulierung zur Bekämpfung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs im Internet (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_2976) kontrovers diskutiert. Eine ganzheitliche Digitalstrategie muss beides in den Blick nehmen und ausgewogene Handlungsoptionen aufzeigen, einseitiges Handeln oder gar ein gegeneinander Ausspielen der Positionen wären kontraproduktiv.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was

keinesfalls?

Die Digitale Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher muss eine Digitalstrategie die folgenden Punkte adressieren:

- Hindernisse, die sich aus föderalen Strukturen ergeben, überwinden
- Internationale Anschlussfähigkeit gewährleisten
- Chancengerechtigkeit herstellen

Keinesfalls sollte die Digitalstrategie einen Vorrang für Partikularinteressen enthalten.

DEBATTENBEITRAG

05.09.2022 | INTERVIEW

BEI DER DIGITALISIERUNG IN DER ZWEITEN LIGA, MIT TENDENZ ZU DEN ABSTIEGSPLÄTZEN

Warum die Digitalstrategie des Bundes ein Etikettenschwindel ist



Prof. Dr. Key Pousttchi - Direktor, wi-mobile Insitut für Digitale Transformation GmbH [Quelle: E3 Magazin]

Prof. Dr. Key Pousttchi hat eine ganze Reihe an Kritikpunkten an der Digitalstrategie des Bundes. Der Direktor des wi-mobile Insituts für Digitale Transformation GmbH in Naumburg/Saale lehrte zuvor 20 Jahre Wirtschaftsinformatik und Digitalisierung an verschiedenen Universitäten. Im Herbst will er zehn Thesen zur Digitalen Transformation Deutschlands vorlegen.

In einem ersten Entwurf für eine Digitalstrategie der Bundesregierung heißt es nach Medienberichten, Deutschland stehe bei der Digitalisierung seit Jahren nur im Mittelfeld. Wie gefährdet sehen Sie die Zukunft des Landes?

Das erste Problem der Digitalstrategie ist, dass sie genau das nicht ist und sein kann: eine Strategie. Denn eine Strategie legt Ziele fest, die dann in einem deduktiven Prozess operationalisiert und realisiert werden. Die Digitalstrategie des Bundes ist demnach Etikettenschwindel, wie sie schon im ersten Absatz selbst zugibt: sie führe die politischen Schwerpunkte zusammen und bilde ein Dach, heißt es da. Ihre Entstehungsgeschichte ist also einfach erklärt: Sie zählt die bestehenden Projekte auf – entsteht also induktiv – und versucht sie mit den festgelegten gesellschaftspolitischen Zielen aus dem Koalitionsvertrag "zusammenzubinden", wie man im politischen Berlin so schön sagt. Bei wissenschaftlichen Papieren nennt man das ex-post-Rationalisierung, und es ist ein Schimpfwort: Das heißt, jemand hat die Ergebnisse schon vorher und bastelt sich dann nachträglich eine Geschichte zurecht, warum die genau so ausgewählt sein müssen. Vieles davon ist ja plausibel, aber etwas mehr Ehrlichkeit wäre ein Anfang.

Das zweite Problem ist, dass sich in der ersten Reihe der deutschen Politik niemand ernsthaft für Digitalisierung interessiert. Sie steht in Sonntagsreden ganz vorn, aber in der Realität hat man keine Ahnung davon und interessiert sich auch nicht dafür. Das sieht man beispielsweise daran, dass der zuständige Minister am Morgen der Vorstellung der Digitalstrategie dem Deutschlandfunk ein ausführliches Interview gibt und mit viel Herzblut redet – über das 9-Euro-Ticket und den ÖPNV, weil er ja im Hauptberuf Verkehrsminister ist. Und am Schluss findet er dann noch zwei Minuten, um pflichtschuldig und blutleer über Digitalisierung zu sprechen, "Leuchtturmprojekte" und so weiter.

Und das dritte Problem ist, daß es sich für einen Politiker, spieltheoretisch gesprochen, auch gar nicht lohnt, sich tief in die Materie einzuarbeiten. Man kommt ja ganz gut durch mit dem "Buzzword-Bingo", wie es Frau Alvarez von der Wiwo genannt hat. Berufspolitik setzt heute mit zwei Dingen Akzente: Entweder wird eine gesetzliche Vorgabe gemacht um Druck auszuüben (z.B. Online-Zugangsgesetz), oder es wird Geld investiert (z.B. Digitalpakt Schule). Ob das Ganze funktioniert oder das Problem löst, dafür fühlt man sich nicht zuständig. Und in den Bundesministerien ist das

längst auch so. Danach lehnt man sich dann entspannt zurück und sagt, dass der Ball jetzt bei den anderen liege.

Darum kann ich mich auch nicht freuen, dass diese Digitalstrategie von ihren großsprecherischen Vorgängern abweichend anerkennt, dass Deutschland allenfalls im Mittelfeld steht. Denn das ist nicht der Anfang von: "Wir machen uns ehrlich und setzen neu an", sondern die Vorbereitung darauf, dass die – ohnehin schwammig formulierten – Ziele am Ende nicht erreicht sein werden. Geschickterweise sind die ja ohnehin zeitlich so festgelegt, dass man sich im nächsten Bundestagswahlkampf nicht daran messen lassen muss und die Folgerregierung dann das Problem hat. Diese Hütchenspielerei mag den politisch und in den Ministerien Verantwortlichen nützen, aber Deutschland wird dadurch immer weiter abgehängt. Wir sind nicht im Mittelfeld der ersten, sondern längst in der zweiten Liga, mit Tendenz zu den Abstiegsplätzen.

Ende 2025 soll die Hälfte aller Haushalte mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard versorgt sein. Wie bewerten Sie dieses Ziel?

Mehr ist realistisch nicht zu erreichen. Im Endeffekt heißt das aber nichts als: "Weiter so". Ich hätte mir gewünscht, dass die neue Regierung anerkennt, dass der Zugang zum Internet eine Infrastrukturaufgabe ist und daraus die Notwendigkeit zu flächendeckender Infrastrukturplanung durch den Staat entsteht. Ich habe das damals bei Böhmermann schon einmal gesagt: Infrastruktur im Wettbewerb aufzubauen ist Unsinn. Im Festnetzbereich muss der Bedarf festgestellt werden und dann erst kommt der Wettbewerb um die Frage: Wer realisiert es?

Im Mobilfunkbereich ist es die unveränderte und weitgehend sinnfreie Art der Frequenzvergabe. Sie sorgt dafür, dass wir keine flächendeckende Versorgung haben, und außerdem zu hohe Mobilfunkkosten und zu hohe Strahlung. Inzwischen nehmen wir ja sinnloserweise auch noch 5 Mrd. Steuergeld in die Hand, um die Löcher zu stopfen. Niemand braucht drei oder vier parallele Mobilfunknetze. Wir brauchen ein physisches Netz, und das muss flächendeckend sein. Der Wettbewerb muss auf dem Netz stattfinden, und nicht um das Netz. Der Staat drückt sich hier vor seinen Aufgaben

und überlässt die falschen Dinge dem Markt.

Für die digitale Verwaltung soll es eine sichere digitale Identität geben. Welche Herausforderung sehen Sie diesbezüglich?

Ich gehöre zu denjenigen, die mit einer einheitlichen Identifikationsnummer überhaupt kein Problem haben. Der Staat soll wissen, was er über mich wissen darf, und nicht dieses Wissen künstlich parzellieren müssen. Allerdings müßte glasklar geregelt werden, wofür diese Identität – bei staatlichen und privaten Anbietern – genutzt werden darf und wofür nicht, das ist bisher alles sehr schwammig. Ich weiß auch nicht, warum man die bereits vorhandene PKI mit dem Personalausweis nicht längst stärker nutzt, sondern das Rad neu erfinden will. Auch hier hat der Staat dem Markt Dinge überlassen, die er eben nicht regelt. Wenn man das vernünftig angeschoben hätte – wir sprechen also von den Vorgängerregierungen – hätte sich längst auch ein privates Dienstleistungsangebot entwickelt. Man kann weder die Usability noch dieses Henne-Ei-Problem einfach ignorieren, sonst steht man am Ende ohne Nutzer da. Und genau das ist dem digitalen Personalausweis passiert.

Aber die digitale Verwaltung, also der digitale Staat im engeren Sinne, krankt natürlich vor allem an einem: Niemand braucht einen digitalen Staat oder eine digitale Verwaltung. Das ist die falsche Sichtweise. Wir brauchen einen funktionierenden Staat und eine funktionierende Verwaltung. Deshalb geht es nicht um die Anpassung neuer IT an die bestehenden Gegebenheiten. Die Wirtschaftsinformatik hat schon vor 30 Jahren gelernt, dass die Einführung neuartiger Technologie einen kompletten Neuentwurf der Prozesse erfordert, sonst geht die Sache schief. Aber in Schulen, Behörden und Ministerien ist man nicht bereit, die alten und längst dysfunktionalen Abläufe zu hinterfragen: Warum tun wir das überhaupt? Was sind die Ziele? Wie können wir diese Ziele mit modernen Mitteln erreichen? Stattdessen pflöpft man den alten Prozessen moderne Technologie auf und wundert sich, dass keine Fortschritte entstehen. Manchmal gibt es sogar Rückschritte, wie auf den Bürgerämtern, wo alle die Online-Terminvergabe loben und sich wundern, dass man keine Termine mehr bekommt – das ist ja kein Zufall. So geht das nicht.

Was sollte unbedingt noch in der endgültigen Digitalstrategie stehen - und was keinesfalls?

Ich habe mich gefreut, dass das unselige Wort "Blockchain" nicht mehr vorkommt. Schockiert war ich allerdings, dass auch "Pflichtfach Informatik" für die Schulen nicht vorkommt. Es gibt viele Dinge, die ich nicht begeisternd finde oder die fehlen, deshalb werde ich im Herbst 10 Thesen zur Digitalen Transformation Deutschlands vorlegen, die sind noch nicht abschließend fertig. Aber wenn ich nur eine einzige Ursache nennen müßte, warum große Teile der Bevölkerung und auch der Politik von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz sprechen wie die Blinden von der Farbe: weil sie es nicht in der Schule gelernt haben. Und da, wo in den Schulen Informatik draufsteht, ist längst nicht überall seriöse Informatik drin. Wenn Sie das Minister Wissing fragen, wird er vermutlich antworten, das sei ja schließlich Ländersache. Da kann ich nur antworten: Der ÖPNV auch – und in den mischt er sich gerade mit Leidenschaft ein.

IMPRESSUM

Herausgeber

Barthel Marquardt GbR
Merseburger Straße 200
04178 Leipzig
Tel: 0341 24 66 43 72
E-Mail: marquardt@meinungsbarometer.info
www.meinungsbarometer.info

V.i.S.d.P.

Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung

Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktion

Barthel Marquardt GbR

Diese Dokumentation darf nicht - auch nicht in Auszügen - ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Die Dokumentation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieser Dokumentation herrühren.